

VORRAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

30 pf
Nr. 21
1. MAI 1977

ARBEIT FÜR ALLE!

AN DIESEM ERSTEN MAI WERDEN WIEDER IN ALLEN STÄDTEN DES LANDES ZAHLREICHE ARBEITER UND ANGESTELLTE ZU DEN TRADITIONELLEN KUNDGEBUNGEN UND DEMONSTRATIONSZÜGEN DES DGB KOMMEN. FÜR DIE AKTIVEN GEWERKSCHAFTER IST ES WOHL EINE SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT, DEN "TAG DER ARBEIT" DEMENTSPRECHEND ZU BEGEHEN.

Doch Grund zum Feiern und Aufatmen kann es an diesem ersten Mai absolut nicht geben. Warum? Wer auf die letzten 12 Monate seit dem ersten Mai 1976 zurückblickt und sich die Aussichten für die nächsten Monate betrachtet, der wird verstehen, warum. Viele Arbeiterfamilien werden sich wohl die Frage durch den Kopf gehen lassen, ob ihr Lebensstandard im letzten Jahr wieder gestiegen ist. Und die meisten von ihnen werden diese Frage mit einem klaren "Nein" beantworten müssen.

Jede Hausfrau, die tagtäglich mit dem Haushaltsgeld wirtschaften und einkaufen muß, kann ein Lied davon singen, wie die Preise munter weitersteigen. Für sie zählt nicht eine statistisch ermittelte Durchschnittsinflationsrate, sondern um wieviel teurer die Grundnahrungsmittel, also Brot, Eier, Fleisch, Gemüse und Obst geworden sind. Und die sind alle überdurchschnittlich teurer geworden. Ebenso viele öffentliche Verkehrsmittel. Da ist es in der Tat ein schwacher Trost, wenn vielleicht Armbanduhr und elektrische Taschenrechner billiger geworden sind.

Für ein sozialistisches SPANIEN PARA UNA ESPAÑA SOCIALISTA

EIN HALBES JAHRHUNDERT NACH DER RUSSISCHEN REVOLUTION, DIE ZUM ERSTEN MAL ZUGLEICH DEN FEUDALISMUS ABSCHAFFTE UND DIE ARBEITERKLASSE AN DIE MACHT BRACHTE, BEGINNEN DIE MILLIONEN KOLLEGEN, GEWERKSCHAFTER UND SOZIALISTEN ALLER LÄNDER IHR SCHICKSAL GENAUER ZU ÜBERDENKEN UND ES IMMER MEHR SELBST IN DIE HAND ZU NEHMEN.

Die Arbeiter und Bauern Rußlands kämpften unermüdlich - nicht nur für den Sozialismus in Rußland, denn ihnen war es klar, daß das eine reaktionäre Utopie wäre: Sie sahen im Gegenteil, wie unentbehrlich der Aufbau des Sozialismus in einem westlichen Land - besonders Deutschland - war, als Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus in ihrem Land. Wie Marx und Engels schrieben - der Arbeiter hat kein Vaterland, er kann überall hungern.

FÜR EIN AUSREICHENDES
MINDESTEINKOMMEN!



ARBEITER ALLER LÄNDER - VEREINIGT EUCH!

Arbeitslosigkeit ohne Ende

Nachdem schon im Winter 74/75 die Arbeitslosigkeit die Millionengrenze erreicht hatte, stand vor 2 Jahren noch der 1. Mai im Zeichen der Hoffnung, daß dies nur eine vorübergehende Störung gewesen sei. Inzwischen mußten schon Millionen Familien spüren, was es heißt, auf ein Drittel des Einkommens oder noch mehr verzichten zu müssen oder auch nur dies zu befürchten. Ende März gab es 1,08 Millionen Arbeitslose und 247.000 Kurzarbeiter, bei Frauen hat die Arbeitslosenquote 6,1%

erreicht. Dazu gezählt werden müssen jedoch noch: die stille Reserve der statistisch nicht erfaßten Arbeitslosen von rund 600.000 sowie 300.000 Arbeitern, die gegenwärtig Umschulungskurse machen und später alle Arbeit suchen werden. Wer jedoch glaubt, durch Sommer und "Aufschwung" würde diese erschreckend hohe Arbeitslosenzahl wirklich dahinschmelzen, muß sich getäuscht sehen.

"Die Zahl der Arbeitslosen wird auf 2 bis 3 Millionen anwachsen, wenn nicht rechtzeitig die Maßnahmen ergriffen werden", meinte neulich der hessische DGB-Vorsitzende Richert.

Nach Angaben des Kollegen Friedrichs vom IG-Metall Bundesvorstand wären mindestens 3 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze notwendig, um die Vollbeschäftigung wieder herzustellen. Es müßten noch weitere 60.000 Arbeitsplätze, als Ausgleich, für die Abwanderung von Beschäftigungsmöglichkeiten im Ausland hinzugerechnet werden. Unterdessen werden weiter munter Arbeitsplätze vernichtet. 1975 und 76 waren es insgesamt 1 Million, und in diesem Jahr werden weitere 372.000 Arbeitsplätze für immer verschwinden. Auch aus einem Bericht, den die internationale Arbeiterorganisation kürzlich veröffentlichte (WELT 19.4.77), können wir keine Hoffnung schöpfen. Hier ist die Rede von einem weiteren Arbeitsplatzverlust durch Rationalisierung, Firmenschließungen und einem wachsenden Arbeitskräftepotential, und auf der anderen Seite überschüssigen Kapazitäten, abnehmenden Investitionen und sinkender Wachstumsrate.

DIES SIND DIE AUSSICHTEN, WIE SIE UNS DAS INTERNATIONALE SYSTEM DES KAPITALISMUS FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE ANZUBIETEN HAT.

Jugend

So sieht die große Zukunft dieser "Wohlstandsgesellschaft" aus. Besonders die Jugend von heute muß besorgt in die Zukunft blicken bei einer wachsenden Zahl der Schulabgänger und sinkendem Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot werden viele froh sein, wenn sie überhaupt einen Job als Hilfsarbeiter finden können.

"Was ist das für eine Gesellschaft, die genügend Stehplätze in Kneipen für Jugendliche, aber keine Lehrstellenplätze anzubieten hat?" fragte der Kollege Preis vom IG Metall-Vorstand. FORTSETZUNG AUF DER RÜCKSEITE

An diesem 1. Mai 1977 wird die Arbeiterklasse am anderen Ende Europas - in Spanien - die Fahne aufheben und durch die Straßen tragen. In zahlreichen Fällen haben Arbeiter, Hausfrauen, Studenten, Ärzte, Beamte und Bauern der Regierung ihren Zorn und ihre Unzufriedenheit demonstriert. Viele Kundgebungen wurden durch Polizeiprovokationen zu Blutbädern. Unbewaffnete Männer und Frauen wurden einfach niedergemäht. In der Periode der sogenannten Demokratisierung sind mehr Menschen umgebracht worden als in den letzten 10 Jahren der Franco-Diktatur! Die Regierung, die Staatsmänner aus allen Ländern empfängt, um der EG beizutreten, hat den Staatsapparat in der Hand, der zahllose Arbeiter und Jugendliche foltert, waffenlose Demonstranten verfolgt und niederschlägt

FORTSETZUNG AUF DER RÜCKSEITE

Polizei-Einsatz im Baskenland



ARTIKEL ÜBER

Programm für die Arbeiterbewegung... S. 2, 3
Welcher Weg für Sozialisten... S. 3
Kommunalwahl in Hessen und die SPD... S. 2, 3

Und in der nächsten Ausgabe neben anderem:
Rationalisierung bei Daimler-Benz, Jungsozialisten, Frankreich,

WELCHES PROGRAMM FÜR DIE ARBEITERBEWEGUNG?

Ob "Lohnbeschränkung", "Lohnverzicht", "Zurückschrauben der Erwartungshaltung", "Maßhalten", "den Gürtel enger schnallen", oder wie immer es genannt wird, stets sollen die Arbeiter, Angestellten und die kleinen Leute für die Lösungen bluten, die sich die Wirtschaftsprofessoren ausgedacht haben.

In dieser Situation ist es unerlässlich, daß in der breiten Arbeiterbewegung eine Diskussion in Gang kommt, in der eigene Lösungen für einen Ausweg erarbeitet werden. VORAN hat sich darüber bereits Gedanken gemacht. Wir glauben, daß wir Grundzüge für ein klares und verständliches Programm anbieten, das die Übel an der Wurzel packt. Nur eine sozialistische Lösung kann aus dem kapitalistischen Chaos heraus zu einer neuen Ordnung führen.

Massenarbeitslosigkeit

Wie in den schwarzen 20er und 30er Jahren müssen sich heute wieder Millionen Arbeiter, Angestellte und ihre Familien durchschlagen, ohne ihre Existenz durch produktive Arbeit zu sichern. Bürgerliche Zeitungskommentatoren wollen uns einreden, daß wir uns auf Jahrzehnte hin mit einem "Sockel" von 800.000 Arbeitslosen abzufinden haben. Wir können dies nicht einfach so hinnehmen! Manche Prognosen sehen noch schwärzer: Nach Schätzung der IG Metall werden bis in die 80er Jahre allein 1 Million Jugendliche keine Arbeit haben. Viele wissen gar nicht, wie demoralisierend eine solche Situation für einen Betroffenen ist: Man rennt zu 20 - 30 Unternehmen, um einen Job zu kriegen - immer die gleiche Antwort: "Es tut uns sehr leid..." Die Folgen: Zerrüttete Ehen, kaputte Familien, steigende Jugendkriminalität, Selbstmorde, Flucht in den Alkohol, politische Verzweiflungstaten, ... Es ist zu begrüßen, daß die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche von der Gewerkschaftsführung aufgegriffen wurde. Allerdings war der Kollege Vetter bereit, dafür eine Lohnkürzung für die Kollegen hinzunehmen. Diese Meinung wird wohl kaum von Millionen organisierter Gewerkschaftsmitglieder geteilt werden.

Die einzigen klaren Forderungen ohne "Wenn und Aber!" müssen lauten:

- ➔ **Einen garantierten Arbeitsplatz oder vollen Lohn für alle!**
- ➔ **Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Arbeitswilligen! Verkürzung der Arbeitszeit auf eine 35-Stunden-Woche - aber ohne Lohnverlust!**
- Eine Lehrstelle oder einen Studienplatz für jeden Jugendlichen!
- Auslastung der vorhandenen Kapazitäten durch Beschäftigung der Arbeitslosen, um alle die lebensnotwendigen Güter zu produzieren, die uns fehlen!
- Ein massives staatliches Programm für öffentlichen Arbeitsbeschaffung! Wir brauchen dringend noch viele Schulen, Krankenhäuser, Wohnungen, Freizeitheime und Sportanlagen für alle!

Rationalisierungen

Die Kapitalisten investieren fast nur in Maschinen, die Arbeitsplätze vernichten: **RATIONALISIERUNG.** Viele Gewerkschafter lehnen Rationalisierung grundweg ab. Es stimmt: In unserem System werden Rationalisierungen stets auf dem Rücken der Belegschaft durchgeführt. Neue Maschinen führen meist zur Arbeitsersparnis, sprich: Entlassungen. Wer hat aber schon einmal an die andere Seite der Rationalisierungen gedacht? Wer ist schon einmal auf die Idee gekommen, daß man (statt ganze Belegschaften auf die Straße zu setzen) die Arbeitszeit für jeden verkürzen und trotzdem noch genau so viele Güter wie vorher herstellen könnte? In der Tat haben Rationalisierungsmaßnahmen sowohl eine reaktionäre wie auch eine fortschrittliche Seite: Reaktionär, insofern sie Arbeitslosigkeit schaffen und uns wieder in die dunklen Tage der 20er und 30er Jahre zurückversetzen. Fortschrittlich, weil sie auch im Interesse aller eingesetzt werden könnten, wenn sie Arbeitsverleicherungen und allgemeine Arbeitszeitverkürzung beinhaltet. Aber Rationalisierungen können nur im Rahmen eines gesellschaftlichen Planes der Produktion im Interesse aller ausgenutzt werden. Eine der wichtigsten Aufgaben einer sozialistischen Wirtschaft wird dann auch die schnellstmögliche Rationalisierung aller Bereiche der Produktion sein. Ohne Verschwendung, Doppelproduktion und Bankrotte, dafür aber mit sinnvoller Abstimmung und Koordinierung aller Industriezweige kann die wöchentliche Arbeitszeit sehr rasch auf 20 Stunden gesenkt werden. Dadurch könnten riesige Kapazitäten für die Bildung und die Anhebung des allgemeinen kulturellen Niveaus freigesetzt werden.

Deshalb muß unsere Einstellung zu Rationalisierungen durch folgende Grundsätze geprägt sein.

- ➔ **Rationalisierungen dürfen nicht zu Entlassungen führen!**
- ➔ **Stattdessen muß die Arbeitszeit für alle Beschäftigten verkürzt werden!**
- **Alle Verbesserungen, die die Qualität der Produkte heben, müssen sofort in die Praxis umgesetzt werden!** Viele Verbesserungen - wie die "ewig" haltenden Glühbirnen werden nicht eingeführt, weil sie keine Profite bringen.

Inflation

Jede Hausfrau weiß ein Lied davon zu singen, wie schwierig es geworden ist, mit der Lohnfülle zu haushalten, ohne sich einzuschränken. Der hohe Lebensstandard, den sich die Arbeit erklasse erkämpft und erarbeitet hat, wird durch die Inflation zunehmend angegriffen. Die Bosse versuchen jetzt mit allen Mitteln, erkämpfte Lohnerhöhungen auf die Preise abzuwälzen. Weltweit erleben wir in der letzten Periode ein neues Erscheinungsbild in der Geschichte des Kapitalismus: Krise und Massenarbeitslosigkeit zusammen mit hohen Teuerungsraten. Wie VORAN schon vor einem Jahr betont hat, werden die verzweifelten Versuche, die jetzige Krise mit staatlichen Investitionszuschüssen zu lösen, nur zu einem weltweiten neuen Inflationsschub führen. Gegen dieses Übel braucht die Arbeiterbewegung eine scharfe Waffe:

- ➔ **Wir fordern die Einrichtung von Gewerkschaftskommissionen, (unter Einfluß der Hausfrauen und aller Betroffenen), welche das echte Ausmaß der Teuerung feststellen. Auf die offiziellen Zahlen dürfen wir uns nicht verlassen. Sie liegen meist zu niedrig.**
- **Die Einkommen und Löhne aller Arbeiter und Angestellten müssen diesen Inflationsraten automatisch angepaßt werden!**
- **Wir wollen wissen, wie die Preise zustandekommen: deshalb Offenlegung der Geschäftsbücher und Konten aller Unternehmen!**
- **Wir brauchen einen garantierten Mindestlohn von 1300,-DM netto, der allein eine menschenwürdige Existenz sichern kann!**

Bankrotte

In der Wirtschaftskrise schnellte die Zahl der bankrotten Firmen sprunghaft in die Höhe. Die durchschnittliche Zahl der Konkurse und Vergleiche betrug von 1966 bis 1972 pro Jahr rund 4100, die entsprechende Zahl für 1973-76 war 7.100! Welche ungeheure Verschwendung menschlicher Arbeitskraft ist es doch, daß Maschinen, Werkzeuge und Fabrikhallen einfach stillgelegt und verschrottet werden, nur weil der mörderische Konkurrenzkampf von Privatbesitzern sie zum Tod verurteilt hat! Einige Male schon haben Arbeiter in solchen Fällen zu der Kampfmaßnahme der Betriebsbesetzung gegriffen. Alle Gewerkschafter und Sozialisten müssen solche Aktionen bedingungslos unterstützen. Das Ziel muß die Übernahme bankrotter Betriebe durch den Staat sein, unter den Kontrolle und Verwaltung der Betroffenen und ihrer Gewerkschaften. Bei der Gefahr eines Betriebsbankrotts sollten unsere Forderungen deshalb lauten:

- ➔ **Keine Entlassungen!**
- ➔ **Offenlegung aller Geschäftsbücher! Die Arbeiter haben nicht weniger Recht auf Einblick in die Betriebsgeheimnisse als die Besitzer! Wir wollen wissen, wo die Profite der vergangenen Jahre geblieben sind!**
- **Falls der Besitzer uns wirklich beweisen kann, daß er den Betrieb bankrottgewirtschaftet hat, muß der Staat eingreifen und ihn entschädigungslos enteignen!**
- **Die Kontrolle und Verwaltung des Betriebes soll durch einen Aufsichtsrat erfolgen, der zu je einem Drittel aus Vertretern des Staates, der Belegschaft und des DGB zusammengesetzt ist!**

Kürzungen

Alle Versuche, die Krise zu lösen, sind bisher auf die Knochen der kleinen Leute - Arbeiter, Angestellte usw. - gegangen. Die Vertreter des Großkapitals haben die Regierung unter Druck gesetzt - und die SPD-Minister haben in vielen Fällen widerstandslos nachgegeben. Mit ihren Machtmitteln haben sie die Regierung gezwungen, massive Streichungen an verschiedenen Sozialtats durchzuführen, die dann in Form verschiedener Investitionszulagen in die Taschen der Unternehmer zurückflossen. Schon 1975 kürzte der Bund den Bildungshaushalt um 1 Milliarde DM! Dafür erhielt jedoch der Super-Kapitalist Flick als Ausgleich einen Steuernachlaß von sage und schreibe 1,2 Milliarden DM! Die Auswirkungen dieser Politik spürt täg-



lich jeder am eigenen Leib. Wahlversprechen wie in der Rentenfrage werden einfach gebrochen! Unser Programm muß deshalb lauten:

- ➔ **Rentenanpassungen wie geplant durchführen!**
- ➔ **Keine Kürzungen am Sozialhaushalt!**
- ➔ **Einstellung aller arbeitslosen Lehrer! Höchstens 20 Schüler pro**

- ➔ **Klasse!**
- ➔ **Massiver Ausbau der Schulen, Krankenhäuser, Jugendzentren und Wohnungen! Wenn uns die Unternehmer vorjammern wollen, daß sie kein Geld dafür haben, daß ihr System es nicht einmal schafft, die notwendigsten Bedürfnisse zu befriedigen, müssen wir uns das Geld dort holen, wo es bestimmt**

Kommunalwahl in Hessen Warnschuß

NACH DEN NIEDERSCHMETTERNDEN ERGEBNISSEN DER HESSISCHEN KOMMUNALWAHL VOM 20. MÄRZ WERDEN SICH ZAHLREICHE SPD-MITGLIEDER FRAGEN, WER DENN NUN DIE VERANTWORTUNG FÜR DIESE SCHLAPPE DER PARTEI ZU TRAGEN HAT. SIND DIE ERDRÜTSCHARTIGEN SIEGE DER CDU IN DEN HESSISCHEN GROSSSTÄDTEN TATSÄCHLICH EIN AUSDRUCK FÜR EINEN NEUEN RECHTSRUCK UNTER DER BEVÖLKERUNG?

Daß die Wähler aber nicht in Massen zur CDU geströmt sind, zeigt eine etwas genauere Betrachtung der Wahlergebnisse. Denn was die CDU so stark erscheinen ließ, das war nicht ein Zustrom von ehemaligen SPD-Wählern, sondern in erster Linie die Wahlenthaltung bisheriger SPD-Wähler.

Absolut betrachtet verlor die SPD gegenüber der bundestagswahl 1976 in Hessen 350.000 Wähler, davon allein 51.000 in Frankfurt. Auch die CDU mußte bei dieser Kommunalwahl mit 140.000 Stimmen weniger auskommen als im Oktober, aber konnte dennoch ihren Stimmanteil um 3 Prozent erhöhen. Die Wahlbeteiligung sank von über 92% bei der Bundestagswahl auf unter 79%. Und ausgerechnet in den bisherigen sozialdemokratischen Hochburgen, den Großstädten Frankfurt, Offenbach und Wiesbaden, ging die Wahlbeteiligung um runde 20% auf wenig mehr als 70% zurück. Dementsprechend ging der SPD-Anteil auch dort am steilsten bergab. So konnte in Frankfurt die CDU mit 51,3% die SPD deutlich abhängen, die bisher mit 50,3% die absolute Mehrheit im Rathaus besessen hatte. Allein diese Zahlen und Tatsachen dürften schon ausreichen, um zu zeigen, daß die katastrophalen Verluste eine Hauptursache haben: Aus Protest sind zahlreiche SPD-Stammwähler zu Hause geblieben.

Wenn ihnen angeblich die SPD zu links geworden ist und sie Angst vor dem Sozialismus hätten, dann wären sie sicher zur CDU geströmt, die sich stets als streng antisozialistisch profiliert hatte. Warum konnte aber dann selbst die CDU nicht einmal ihre Wähler von der Bundestagswahl zur Stimmabgabe mobilisieren?

"Wir können uns anstrengen wie wir wollen und Plakate kleben, aber seit der Rentenaffäre ist es mit unserer Partei aus!" - so umschrieb ein nordhessischer SPD-Stadtrat wenige Wochen vor der Wahl die Lage. Man kann als Ursachen für die SPD-Verluste gewiß viele hessische und örtliche Vorgänge suchen, die ganz bestimmt viele Wähler ent-

täuscht hatten, und man kann auch fordern, daß die hessische Partei diese Verluste durch intensivierte "Vertrauensarbeit" bei der Bevölkerung wieder wettmachen soll. Aber wie sollen sozialdemokratische Kommunalpolitiker diese Vertrauensarbeit betreiben, wenn ihnen zur gleichen Zeit immer wieder vorgehalten wird, daß die von der eigenen Partei angeführte Bundesregierung die versprochene Rentenerhöhung in Frage stellt! Wenn der sozialpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Sund, vor einer Kundgebung von Rentnern tritt und sagt: "Die lange Dauer der Krise macht es erforderlich, daß nunmehr auch die Rentner einen Teil der Rezessionslasten zu tragen haben, die für die aktiven Arbeitnehmer bereits spürbar sind!" Wenn es immer noch eine Million Arbeitslose, einen großen Lehrstellenmangel, arbeitslose Lehrer und gleichzeitig überfüllte Klassen gibt! Wenn bei der Sanierung der Kranken- und Rentenversicherung die Arbeitnehmer und Rentner die Hauptlast tragen sollen!

Jeder Arbeiter und Angestellte wird die vergangenen 1/2 Jahre sozialdemokratisch geführter Bundesregierungen an seinem Geldbeutel und seinem allgemeinen Lebensstandard messen. Noch 1972 war unsere Partei auf der Grundlage eines umfangreichen Reformprogramms mit konkreten Versprechen sozialer Fortschritte zur stärksten Partei im Bundestag geworden. Nachdem diese Versprechen durch die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise und direkte Erpressungsversuche des Kapitals schon bald in der Mottenkiste verschwunden waren, war 1976 die Parole nur noch "Sicherung des Erreichten". Inzwischen ist aber selbst diese "Sicherung" nicht mehr sicher. Für die breite Masse heißt die Parole jetzt: Opfern und Einschränkungen.

Wir müssen mit ansehen, wie eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung sich dem Druck der Großkonzerne und ihrer politischen Vertreter beugt und unter dem Motto "Höhere Gewinne = höhere Investitionen = mehr Arbeitsplätze" den Unternehmern Milliarden geschenkt macht und den Steuerzahler, also die breite Masse, dafür noch mehr zur Kasse bittet.

Für diese Politik - das genaue Gegenteil von dem, was von einer sozialdemokratischen Partei mit einer über 100jährigen Tradition in der deutschen Arbeiterbewegung zu erwarten wäre - ist ganz sicher keine breite Begeisterung mehr zu erwarten.

Es gibt nur eine Alternative, die im Interesse der breiten Anhängerschaft unserer Partei und der großen Mehrheit der Bevölkerung annehmbar ist: Unsere Parteiführung muß klarmachen, daß sie nicht mehr bereit ist, sich vom Kapital erpressen zu lassen und auch nur einen Abstrich zu machen von den alten Reformzielen und -forderungen. Sie

sitzt: Bei den Banken, Versiche - rungen und Großkonzernen. Sie haben sich lange genug angeeignet, was wir produziert haben!

Reformen

1972 ist die SPD noch mit einem umfassenden Reformprogramm in den Wahlkampf gezogen - und hat damit ihren bisher größten Erfolg errungen!

Wir stehen zu diesen Zielen - heute wie damals. Allerdings sind wir nicht der Auffassung, daß in einer Periode der Krise des Weltkapitalismus grundlegende Reformen möglich sind, ohne das Privateigentum an Fabriken usw. anzutasten.

Bei Beginn der wirtschaftlichen Schwierigkeiten schieden sich die Geister auch in der SPD:

Die Rechten haben sich mehr oder weniger den Forderungen der Unternehmer untergeordnet, alle Reformen fallenzulassen und Errungenes wieder zurückzunehmen. Viele ehrliche Linke vertreten immernoch die alten Reformziele. Aber leider herrscht unter ihnen oftmals eine völlige Unklarheit über die notwendigen Mittel und Wege. Wer heute grundlegende Reformen und tatsächliche Verbesserungen für die breite Masse wirksam und dauerhaft durchsetzen will, ohne die Macht der Großkonzerne zu stürzen, der lebt in einer Traumwelt. Was notwendig ist, läßt sich kurz zusammenfassen:

- Kein Abstrich an den bisherigen Reformzielen! Kein Abbau von mühsam erkämpften und errungenen Sozialleistungen!
- Wenn die Kapitalisten beteuern, daß sie nicht in der Lage sind, Reformen zu finanzieren, können wir sie nicht mehr gebrauchen, dann schickt sie in Pension!
- Für die Verwirklichung des vollen und umfassenden Reformprogramms auf der Grundlage der Verstaatlichung der Großkonzerne unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!

Planung

Der Kapitalismus kann uns in den nächsten Jahren nichts anderes anbieten als weitere und noch massivere Kürzungen im Lebensstandard. Eine "Anhebung der Massenkauflkraft", wie sie von vielen linken als Patentrezept angeboten wird, würde auf kapitalistischer Grundlage massiv die Profite der Unternehmer angreifen und somit ihre Investitionsbereitschaft weiter nach unten drücken. Die Folge: weiter steigende Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen auf der anderen Seite beschränken außerdem die Märkte für Konsumgüter. Die Folge: größere Arbeitslosigkeit. Keine dieser beiden Möglichkeiten kann uns einen Ausweg aufzeigen. Nur eine sozialistische Lösung kann uns aus diesen grundlegenden Widersprüchen herausführen. In einer verstaatlichten und demokratisch geplanten Wirtschaft wird es keine Arbeitslosigkeit wegen Überproduktion mehr geben. Erst ein knappes Menschenalter ist es her, daß die Arbeiterklasse des Westens unter Massenarbeitslosigkeit, drastischem Abbau des Lebensstandards und steigendem Elend litt. Seither hat das kapitalistische System wieder einen Aufschwung erlebt, wie noch nie zuvor in der Geschichte - aber auf dem Rücken der 30 Millionen Opfer des Weltkriegs, auf Kosten der jahrzehntelangen Diktaturen Salazar, Franco, Mussolini und Hitler, bezahlt durch extrem niedrige Nachkriegslöhne und harte Frauenarbeit. Leider ging der Aufschwung nicht ununterbrochen weiter. Er hat gerade die Widersprüche wieder aufgebaut, die das System erneut in eine Sackgasse geraten lassen. Wieder erleben wir, wie Produktionskapazitäten brachliegen, während Millionen Arbeitskräfte ohne sinnvolle Beschäftigung und gesicherten Lebensunterhalt dastehen. Trotz eines durchschnittlichen Lebensstandards für die Arbeiterklasse, der höher ist als je zuvor, müssen in der Bundesrepublik mehr als 6 Millionen Menschen unter der offiziell-

len Armutsschwelle (Sozialhilfeniveau) leben. Der Schlüssel für den weiteren gesellschaftlich Fortschritt mit allen notwendigen Sozialreformen liegt in den folgenden Maßnahmen:

- Volle Übernahme der Großkonzerne, Banken, Versicherungen und Rohstoffproduzenten in Staatshand!
- Verwaltung und Kontrolle der betroffenen Betriebe und Industriezweige durch Aufsichtsräte, die zu je einem Drittel aus Vertretern der betroffenen Belegschaft, der Regierung und des DGB bestehen.
- Einführung eines demokratischen Volkswirtschaftsplanes unter Beteiligung aller betroffenen Bevölkerungsschichten!

Kontrolle und Verwaltung

Wir sind fest davon überzeugt, daß die Arbeiter und Angestellten die Industrie besser organisieren können als die jetzige kleine Clique schmarotzerischer Besitzer. Vor kurzem enthüllte eine Studie, daß mehr als die Hälfte der Verbesserungsvorschläge in einem englischen Bergwerk, die dann auch tatsächlich durchgeführt wurden, von einfachen Arbeitern stammten.

In allen Großbetrieben gibt es ein sogenanntes "innerbetriebliches Vorschlagswesen", das die Verbesserungsvorschläge der Belegschaft überprüft und in die Tat umsetzt. Dieser Schöpfergeist der Arbeiter könnte in einer echten sozialistischen Wirtschaftsordnung voll entfaltet werden. Um jedoch solche Entartungen zu verhindern, wie sie heute in Rußland bestehen, müssen die Vertreter der Arbeiter in den verschiedenen Gremien wie alle Funktionäre überhaupt einer unbedingten Kontrolle unterworfen werden. Echte Arbeiterkontrolle und -verwaltung müßte von folgenden Grundsätzen ausgehen:

- Freie und demokratische Wahlen auf allen Ebenen, Meinungs- und Pressefreiheit!
- Jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre!

- Kein gewählter Vertreter darf mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn erhalten, damit er sich in seiner Lebensweise nicht von der Basis entfernt!
- Alle Verwaltungsaufgaben werden allmählich von allen ausgeführt. "Wenn jeder ein Bürokrat ist, gibtes keine Bürokraten mehr!"

SPD und Arbeiterbewegung

VORAN glaubt, daß nur ein Programm wie es oben in Grundzügen dargelegt wurde, einen echten Ausweg aus der Krise aufzeigen kann. Leider gibt es keinen einfachen, bequemen Ausweg.

In den kommenden Jahren werden uns noch weitaus schwerere Krisen bevorstehen als die, die angeblich jetzt überwunden ist.

Auf jeden Fall müssen wir bei der nächsten Krise mit mehr als 2 Millionen Arbeitslosen in der BRD rechnen - Arbeitslosenzahlen, wie wir sie bisher nur aus Geschichtsbüchern der 20er und 30er Jahre kennen.

Wenn die SPD und Gewerkschaftsführer ihre gesamte Autorität in die Waagschale werfen würde, um in einer breiten und massiven Kampagne für die sozialistische Alternative zu mobilisieren, dann wäre ein absoluter Wahlsieg der SPD sehr wohl möglich.

Wir rufen alle Arbeiter, Angestellten und Jugendliche auf, gemeinsam mit uns in SPD, Jusos und Gewerkschaften für ein sozialistisches Programm zu kämpfen.

- Für die Aufkündigung der Koalition mit der FDP, der kleinen Partei des großen Kapitals!
- Für eine absolute Mehrheit der SPD auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Redaktion VORAN

für die SPD

muß breitsin der Arbeiterbewegung für die Durchsetzung aller im Interesse der breiten Masse notwendigen Reformen auf der Grundlage eines sozialistischen Programms mobilisieren und dies konkret im Bundestag



einbringen. Wenn die FDP sich dagegen sträuben wird, dann wäre dies der willkommene Anlaß, um die Zusammenarbeit mit ihr aufzukündigen und der breiten Öffentlichkeit klarzumachen, wessen Interessen die FDP in Wirklichkeit vertritt. Dies wäre dann der Auftakt für den Kampf um eine absolute Mehrheit der SPD zur Durchsetzung des sozialistischen Programms und aller notwendigen Reformen.

Im Godesberger Grundsatzprogramm unserer Partei heißt es eindeutig und unmißverständlich:

Die Vorrechte der herrschenden Klassen zu beseitigen und allen Menschen Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand zu bringen, das war und ist der Sinn des Sozialismus.

Wenn unsere Parteiführung an diesem 1. Mai diesen alten Grundsatz aufgreifen und in die Tat umsetzen würde, dann bräuchten die nächsten Monate nicht mehr im Zeichen von Unsicherheit und Demoralisierung zu stehen, sondern im Zeichen des aktiven Kampfes um die bessere und hellere sozialistische Zukunft.

Wenige Tage nach der Bundestagswahl erschien im Unternehmersprachrohr "Frankfurter Allgemeine" ein Kommentar, der klar herausstellte, warum das Kapital nach wie vor auf eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wert legt und nicht gleich eine Regierung bildet aus seinen zuverlässigen Partnern CDU/CSU und FDP. Viele Unternehmer, so stellte das Blatt fest, hätten sich gar nichts besseres vorstellen können als einen knappen Wahlsieg der Koalition,

denn diese knappe Mehrheit halte wahrscheinlich auch die Gewerkschaften eher im Zaum. "Ein CDU-Sieg hätte doch mit Sicherheit zu einer echten Konfrontation mit den Gewerkschaften geführt".

Dies wirft einiges Licht auf die Kalkulationen des Kapitals. Solange im SPD-Mantel CDU-Politik verkauft wird, solange sich die SPD dazu hergibt, das schmutzige Geschäft der sozialen Demontage auszuführen, und solange die Gewerkschaften noch einigermaßen stillhalten, stellt auch eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung - zumal mit dem Unternehmer-Wachhund FDP als Regierungspartner keine Gefahr für das Kapital dar. Die Klassengegensätze zwischen Arbeit und Kapital sind - und das erst recht in der Krise - unversöhnlich und unüberbrückbar. Es kann keine Gemeinsamkeiten geben zwischen dem Kampf der Arbeiter um mehr Lohn und dem der Kapitalisten um mehr Profit. In der Politik gilt dasselbe: entweder dient sie der breiten Masse der Arbeiter wie der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung, oder sie dient der kleinen Minderheit von Kapitalisten und sonstigen Blutsaugern. Für beide gleichzeitig Politik zu machen hat sich schon längst als utopisch erwiesen.

Unsere Partei steht jetzt am Scheideweg. Wenn sie den jetzigen Weg weiter begeht, d. h. weiterhin sich vom Kapital dessen Politik aufzwingen läßt und diese Politik als das bestmögliche zu verkaufen sucht, dann drohen uns in den nächsten Monaten und 1, 2 Jahren noch zahlreiche und katastrophalere Niederlagen wie in Hessen, eine breite Demoralisierung der früher so begeisterten Anhänger, Protestaustritte zahlreicher verärgelter Parteimitglieder. Und früher oder später wird das Kapital dann die Stunde für gekommen halten, um die SPD aus der Regierung hinauszu stoßen - nach dem Motto: "sie hat ihre Schuldigkeit getan - sie kann gehen". Damit wäre der Weg frei für eine offen reaktionäre CDU-geführte Regierung, die ganz und gar skrupellos die breite Demoralisierung ausnützen würde, um restlos alle errungenen und erkämpften Zugeständnisse und Rechte wieder abzubauen. So ist die jetzige Politik der Kürzungen und des Maßhaltens ein Wegbereiter für viel schärfere Maßnahmen in der Zukunft. Auf diesem Weg droht uns eine Rückkehr in die katastrophalen Zustände in den 20er Jahren. Auch eine große Koalition mit der CDU, über die hier und da schon heute spekuliert wird, hätte ähnliche Folgen: Denn dies würde nichts anderes bedeuten als daß sich die Parteiführung direkt dazu hergeben würde, mit der Hauptpartei des Großkapitals gemeinsam Politik zu machen und dafür gerade zu stehen - im Interesse eines angeblichen "Gemeinwohls". So oder so - der Weg der Klassenkollaboration, der Zusammenarbeit mit dem Kapital und seinen politischen Vertretern, kann für die Arbeiterbewegung nur ein Holzweg sein.

Angela Bankort

WELCHER WEG FÜR SOZIALISTEN?

Diskussionsbeitrag der Redaktion VORAN

VORAN hat sich zum Ziel gesetzt, das Programm des Sozialismus in der deutschen Arbeiterbewegung wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Wir sind uns im klaren darüber, daß der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft erst dann in Angriff genommen werden kann, wenn die Großbetriebe und Banken in Gemeineigentum überführt, also verstaatlicht sind und demokratisch kontrolliert und verwaltet werden.

Der Sozialismus kann nur dann erreicht werden, wenn die Mehrheit der Arbeiterklasse wie der Bevölkerung aktiv dafür kämpft, nicht aber nur durch eine Minderheit, die sich anmaßt, die Arbeiterklasse zu vertreten. Andererseits ist die sozialistische Umwälzung keine rein spontane Angelegenheit und sie wird nie gelingen, wenn nicht aus der Arbeiterbewegung heraus eine Führung hervorgegangen ist, die die einzelnen Kämpfe zusammenfaßt, verallgemeinert und koordiniert.

Die SPD ist die traditionelle Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse. Sozialisten sollten eine klare Alternative zur gegenwärtigen Politik der Parteiführung anbieten und zum Ziel haben, die Parteibasis für ein umfassendes sozialistisches Programm zu gewinnen. Wer dies nicht schafft, der kann die Hoffnung begraben, jemals das sozialistische Ziel zu erreichen.

Die wirkliche Macht in dieser kapitalistischen Gesellschaft hat nicht die Regierung, sondern sie ist konzentriert in den Chefetagen der Großkonzerne und der Großbanken, die unsere Wirtschaft beherrschen. Die Kapitalisten dulden demokratische Rechte (natürlich nur eingeschränkt) nur solange, wie diese Rechte nicht von der breiten Arbeiterbewegung ausgenutzt werden, um die Macht- und Besitzverhältnisse grundlegend zu verändern.

Wir kämpfen für eine absolute SPD-Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms.

Wenn eine solche Regierung dann ihr Programm im Parlament verabschieden läßt, so kann es aber nur durchgesetzt und verwirklicht werden, wenn sie gleichzeitig die organisierte Arbeiterbewegung mobilisiert und

wenn die Arbeiter geschlossen dieses Programm durchführen, indem sie koordiniert die Betriebe in die Hand nehmen und den Unternehmern ihr Eigentum und ihre Macht entreißen. Wenn die herrschende Klasse sieht, daß ihre ganze Existenz bedroht ist, dann wird sie versuchen, mit allen Mitteln dies zu verhindern. Nur indem die Arbeiterbewegung entschlossen handelt und die traditionellen Werkzeuge des Kapitals (Armee und Polizei) dadurch für das Kapital unbrauchbar macht, daß sie deren Basis mit den Arbeitern verbindet, kann eine blutige Entwicklung wie in Chile verhindert werden.

Jeder Sozialist muß seinen Kampf auf klare Perspektiven gründen. Wir analysieren die Geschichte, um ihre Lehren zu verstehen. Wir analysieren die Prozesse in der Wirtschaft und Gesellschaft im eigenen Land wie auch international, um Perspektiven aufstellen zu können, das heißt allgemeine Vorstellungen über die Entwicklungen in der Zukunft. Ohne Perspektiven ist eine Politik, die eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft anstrebt, unmöglich, zwangsläufig kurzsichtig und unvollständig.

Die zunehmenden Schwierigkeiten und Krisen des kapitalistischen Systems und der fortgesetzte Angriff auf den Lebensstandard werden es Abertausenden klarmachen, wie notwendig solche sozialistischen Perspektiven sind.

Mit wachsendem Tempo werden sie in ihre traditionellen Organisationen - die Gewerkschaften und SPD - auf der Suche nach einer politischen Antwort hineinströmen.

Dabei werden sie diese Organisationen von unten nach oben grundlegend verändern und es werden sich günstige Gelegenheiten bieten, um den Kapitalismus auf friedliche Weise für immer zu beenden.

Auf der Grundlage dieser Perspektiven kommt den Sozialisten/Marxisten eine besondere Verantwortung zu. Sie haben die Aufgabe, schon heute die aktivsten und bewußtesten Arbeiter anzusprechen und gemeinsam mit ihnen in Partei, Jusos und Gewerkschaften für ein sozialistisches Programm zu kämpfen.

Sie müssen der breiten Arbeiterbewegung bei der Suche nach einer sozialistischen Alternative helfen und daran mitarbeiten, daß sich aus den Reihen der Arbeiterbewegung heraus eine echte sozialistische Führung bildet, die fähig ist, eine breite Mehrheit für ihre Politik zu gewinnen und das Programm des Sozialismus in die Tat umzusetzen.

VORAN

ARBEIT FÜR ALLE!

FORTSETZUNG
VON SEITE 1

Uns wird in diesem System nichts, rein gar nichts, geschenkt. Jede Verbesserung mußte hart erkämpft, jede Errungenschaft muß zäh verteidigt werden.

Hart kämpfen

In Stuttgart sollte der Vertrauensmann Werner Hübner fristlos gefeuert werden, weil er sich gegenüber den Reife-Zeitnehmern für eine korrekte Zeitaufnahme eingesetzt hatte. Trotz Kurzarbeit war nämlich die Arbeitsleistung so erhöht worden, daß heute in 4 Tagen mehr produziert wird als 1975 in 5 Tagen! Erst nachdem Hübners 142 Kollegen 7 Tage lang aus Solidarität gestreikt hatten, wurde die Kündigung wieder rückgängig gemacht. Ein Fall von vielen, der deutlich macht, daß nur ein solidarisches Zusammenstehen aller zum Erfolg führen kann. Am 1. Mai 1977 ist diese Erkenntnis notwendiger denn je.

Auf Gewerkschaftskongressen, in Gesprächen unter Betriebsräten, Vertrauensleuten und aktiven Gewerkschaftern und Sozialdemokraten wird aber auch zunehmend darüber diskutiert, wie man wirkungsvoll gegen die Arbeitslosigkeit und die ständigen Angriffe auf unseren Lebensstandard ankämpfen kann.

Was wir am dringendsten brauchen, ist ein garantiertes Mindesteinkommen und einen garantierten Arbeitsplatz für alle.

Bei den heutigen Preisen, Gebühren und Mieten wären 1300,- netto im Monat das allermindeste, was jeder braucht, um nicht gerade wie ein Hund leben zu müssen. Für jeden arbeitsfähigen Menschen muß ein gesicherter Arbeitsplatz bereitstehen, damit wir endlich von der zehrenden Sorge um den morgigen Tag befreit werden können.

Aber mehr und mehr Kollegen erkennen auch daß die Kapitalisten sich hartnäckig jeder Forderung widersetzen werden, die ihren Profit annagen würde. Doch dann kann es für uns nur eine Schlußfolgerung geben:

Wenn die Bosse da nicht mitmachen, dann beiseite mit ihrem System!

Der Kollege Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier, hat seinerseits ebenso wie manch anderer Gewerkschaftsführer in der letzten Zeit klargestellt, daß sich seine Gewerkschaft nicht mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und mit den gesellschaftlichen Machtverhältnissen abfinden wird. Worum es aber geht, ist nicht nur, die kapitalistische Wirtschaftsordnung in Frage zu stellen. Sie stellt sich durch ihre Unfähigkeit, die einfachsten Grundbedürfnisse der Menschen ausreichend zu erfüllen, tagtäglich selbst in Frage.

Dies kann nur heißen, daß die in den Satzungen und Programmen des DGB und vieler Gewerkschaften enthaltene Forderung nach Überführung der Großkonzerne und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum wieder hervorgeholt und zur Kernforderung des Jahres 1977 gemacht werden muß. Wenn die deutsche Arbeiterbewegung jetzt eine breite sozialistische Offensive eröffnen und für das Gemeineigentum an Großkonzernen und Großbanken und demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung mobilisieren würde, dann müßte der 1. Mai 1978 nicht mehr im Zeichen von Unsicherheit, Unzufriedenheit und Enttäuschung stehen...

Reinhold Zielke



Ist der von Franco eingesetzte König Juan Carlos ein zuverlässiger Demokrat?

anderen Ländern beim König und Suarez dienen dazu, ihr Prestige noch mehr zu erhöhen. Und jetzt halten sogar die Führer der Arbeiterparteien sie für "vertrauenswürdig". Die sozialistische Partei ist die traditionelle Massenpartei der spanischen Arbeiterklasse. Millionen werden von dieser Partei eine Lösung erwarten. Bei den aktiven Arbeitern findet sie Unterstützung, vor allem von den Kollegen der UGT (Union General de Trabajadores - spanischer sozialistischer Gewerkschaftsbund).

Mit einem Programm, das die Uebel der spanischen Gesellschaft klar und offen verdeutlicht - den Kapitalismus und seinen Unterdrückungs-Staatsapparat - kann man die unterdrückte Mehrheit Spaniens für die Fahne des Sozialismus gewinnen. Unter demokratischer Arbeiterkontrolle in den Fabriken, harmonisch eingefügt in einen demokratisch aufgestellten Gesamtplan zur Erhöhung der Produktion könnte man damit anfangen, den Lebensstandard der Masse zu erhöhen. Schulen, Krankenhäuser und Wohnungen können nach den Bedürfnissen der arbeitenden Mehrheit und nicht nach der Profitgier der faulen Minderheit errichtet werden. Mit einem Programm zur sofortigen Hilfe für die armen Bauern (Bereitstellung von billigen Krediten, Traktoren usw.) sowie durch das Beispiel der Vorteilhaftigkeit einer demokratisch geplanten Agrarwirtschaft könnte man den Bauern klarmachen, daß sie nur zusammen mit den Arbeitern der Stadt ihren Lebensstandard verbessern könnten. Wenn wir den Kollegen erzählen, sie brauchen die Faschisten von gestern, um für die Demokratie von morgen zu kämpfen, dann werden wir die Kampfbereitschaft der Arbeiter nur schwächen, die Klasse demoralisieren und dadurch die Reaktion stärken.

Aber noch ist die spanische Arbeiterklasse mächtig. Noch ist die Reaktion nur eine Randbemerkung der Entwicklung. Eine PSOE mit einem kühnen sozialistischen Programm kann die spanische Arbeiterklasse zum Sozialismus führen, der in Lateinamerika, Portugal, Italien und Frankreich Wiederhall finden würde. Dieser 1. Mai muß als Warnzeichen dienen für die Kapitalisten Spaniens und der Welt.

FÜR EIN SOZIALISTISCHES SPANIEN UND EIN SOZIALISTISCHES EUROPA !!

Greg Powell Mitglied des Jusoorstandes, UB - Remschäd.

So begann
der 1. Mai:

Kampf für 8-Stunden Tag

Suzanne
Gutau
OV-Hamburg-Winterhude

Seit 87 Jahren stellen die Kundgebungen am 1. Mai eine der stolzesten Traditionen der Arbeiterbewegung der ganzen Welt dar. Es ist der Tag der internationalen Solidarität gegen Unterdrückung, Krieg und Arbeitslosigkeit und für eine kürzere Arbeitswoche. Gerade in den letzten Jahren sah der 1. Mai einige der größten Bewegungen seit dem 2. Weltkrieg: die 73er Streiks in Großbritannien gegen die gewerkschaftsfeindliche Politik der konservativen Regierung, die 1 Million demonstrierenden portugiesischen Arbeiter 1974 in Lissabon, die ihren Jubel über den Sturz der Caetano-Diktatur dadurch zum Ausdruck brachten, und 1975 wie 1976 einige der mächtigsten (illegalen) Demonstrationen der spanischen Arbeiter, die immer noch für den Sturz der königlichen Juan-Carlos-Diktatur kämpfen.

Aber es waren die großen Bewegungen für den 8-Stunden-Tag der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts in den USA, welche den 1. Mai als den Tag der Arbeiterklasse begründeten.

1884 wurde die amerikanische Industrie von einer schlimmen Krise betroffen. Die Arbeitslosigkeit wuchs auf 10%, die Löhne wurden durchschnittlich um 15% beschnitten, bei den Bergarbeitern sogar um 40% - der Arbeitstag dagegen blieb lang und hart. Die Mehrheit mußte 14 bis 16 Stunden arbeiten.

"8-Stunden-Tag-Verbände" wurden in all den großen Städten gegründet, von New York bis New Orleans und San Diego. Die große Wirkung, die die Kampagne der Aktionskomitees hatte, zeigte sich in der Verdoppelung der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder innerhalb eines Jahres.

Am 1. Mai 1886 erzwangen 200.000 Arbeiter, unter ihnen Tabakarbeiter, Bauarbeiter und Zigarrendreher, den 8 - Stunden-Tag.

190000 mußten streiken, davon 80.000 in Chicago. Fast die Hälfte (80.000) streikten den ganzen Mai hindurch, unterstützt durch Geldsammlungen nicht-streikender Gewerkschaften.

Von den Streikenden erhielten nur 42.000 eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust.

Die Bewegung von 1886 war erst der Anfang der Kampagne. Nachdem 1888 die neugeformte "American Federation of Labour" (AFL) beschlossen hatte, den 8-Stunden-Tag bis zum 1. Mai 1890 zu erkämpfen, fanden am 1. Mai 1889 Streiks und Demonstrationen in 420 verschiedenen Städten statt. Für den 1. Mai 1890 wurde ein Generalstreik beschlossen und durchgeführt, der so erfolgreich war, daß der 8-Stunden-Tag in 137 Städten und der 9-Stunden-Tag überall sonst durchgesetzt wurde.

35-Stunden - Woche

Bei einer Belegschaftsversammlung der Opel-AG in Rüsselsheim wurde vor wenigen Wochen von den rund 10.000 Teilnehmern einstimmig die Forderung aufgestellt, die schon in den letzten Monaten in den Gewerkschaften diskutiert wurde und Schlagzeilen gemacht hatte: Die Forderung nach Einführung des 7-Stunden-Tages bzw. der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die anwesenden Delegierten zum Kongreß der IG Metall im nächsten September wurden aufgefordert, diese Forderungen beim Gewerkschaftskongreß einzubringen. Es wird eine der Hauptaufgaben für die Delegierten des Kongresses sein, diese Forderung zu diskutieren und einen Weg aufzuzeigen, wie auf dieser Grundlage eine Offensive gegen Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Rationalisierungslasten eröffnet werden kann.

Diese großen Bewegungen gingen einher mit einem Wachstum der Kampfbereitschaft in ganz Europa. In England z. B. fanden viele große Streiks von Arbeitern statt, die vorher überhaupt nicht organisiert waren, wie Werft- und Gasarbeiter. Überall in ganz Europa wuchsen die sozialdemokratischen Arbeiterparteien schnell auf breiter Massenbasis an. Die neue Stimmung, geschaffen von der Rezession nach jahrzehntelangem Wachstum, führte zu einer verstärkten Organisation der internationalen Arbeiterbewegung und zu einer Konferenz mit Delegierten aus der ganzen Welt, die 1889 das formten, was später als die Sozialistische Internationale bekannt wurde.

Die wichtigste Resolution, die verabschiedet wurde, rief die Arbeiter der ganzen Welt auf, am 1. Mai weltweit einen Generalstreik und Demonstrationen für den 8-Stunden-Tag durchzuführen. Die Aktionen, die diesem Antrag folgten, prägte die Internationale mehr im Bewußtsein von Millionen Arbeitern in der ganzen Welt ein als alles andere.

Am 1. Mai 1890 streikten in ganz Europa Arbeiter für diese Forderungen; die Arbeit wurde in 138 Städten Frankreichs niedergelegt, 100.000 Arbeiter demonstrierten in Barcelona und 120.000 in Stockholm, 80.000 in Warschau und Lodz trotz Polizeiterrör.

In der Zwischenzeit hat sich die Arbeiterbewegung fast überall den 8-Stunden-Tag erkämpft. Dies ist eine große Errungenschaft. Die Erfahrung des ersten Mai in Amerika und Europa zeigt, welche Fortschritte erzielt werden können, wenn die Arbeiter zu unabhängigen Klassenaktionen greifen. Es zeigt auch die Bedeutung der Feststellung von Marx: "Arbeiter verschiedener Länder haben mehr gemeinsam als Arbeiter und Kapitalisten desselben Landes."

Trotzdem hatte sich der 1. Mai tief in das Bewußtsein der internationalen Arbeiterbewegung eingegraben. Es mag sein, daß gemäßigte Arbeiterführer ihn nur für nette Feiertags-Reden benutzen. Aber für Sozialisten und Marxisten muß der 1. Mai Anlaß sein, die Bewegung wieder zu stärken, Lehren aus den vergangenen Kämpfen zu ziehen und Perspektiven aufzuzeigen, die noch vor uns liegen. Wieder wird die Arbeiterklasse der ganzen Welt von drastischen Kürzungen im Lebensstandard bedroht. Massenarbeitslosigkeit und Inflation stehen wieder auf der Tagesordnung. Und immer noch gibt es Berufssparten, in denen ein 9-Stunden-Tag keine Seltenheit ist.

Die großen Opfer der europäischen und amerikanischen Arbeiter in den 80er und 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts sollten für uns alle ein Ansporn sein.

VORAN

VORAN! zur sozialistischen Demokratie
Überregionale marxistische Zeitung
für SPD, Juso und Gewerkschaft
Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN
Hammesberger Str. 75
563 Reimscheid

Konto: Postscheckamt Essen,
H.G. Öfinger, 170 20 433

Verantwortlicher Redakteur:
Hans-Gerd Öfinger

ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7,- auf das Postscheckkonto
H.G. Öfinger, Postscheckamt Essen, Nr.
170-20-433 überwiesen.
(Abopreis für 6 Ausgaben)

ICH MÖCHTE WEITERES INFORMATIONSMATERIAL

Name: _____
Adresse: _____
Redaktion: VORAN, 563 Reimscheid, Hammesberger Str. 75